BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 121-1 vom 25. November 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

zum Haushaltsgesetz 2027
vor dem Deutschen Bundestag
am 25. November 2026 in Berlin:

Frau Präsidentin!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Präsidentin, erlauben Sie mir, dass ich Ihnen zunächst namens der Bundesregierung sehr herzlich danksage für die sehr einfühlsamen Worte, die Sie heute Morgen gefunden haben. Diesen Tag, den 25. November, begehen wir seit einigen Jahren als sogenannten Orange Day. Es waren einfühlsame und mitfühlende Worte für die zahlreichen und leider zahlreicher werdenden Opfer häuslicher Gewalt in unserem Land. Herzlichen Dank für Ihre Worte!

Ich möchte Ihnen versichern, dass die Bundesregierung alles tun wird, um Frauen, junge Frauen, Mädchen in ihrem Umfeld, in unserer Gesellschaft bestmöglich vor solcher Gewalt zu schützen. Es gibt die ersten Gesetzgebungsvorschläge. Es gibt die ersten Entscheidungen. Die Bundesjustizministerin, die Bundesministerin für Familie und Jugend und der Bundesinnenminister haben gestern noch einmal weitere Vorschläge gemacht. Ich möchte Ihnen versichern, dass wir als Bundesregierung alles tun werden, um Frauen, Mädchen, Kinder in unserer Gesellschaft besser zu schützen, als uns dies in der Vergangenheit gelungen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland steckt in einer „tiefen Anpassungskrise“. Das sind nicht meine Worte. Das waren vor einigen Tagen die Worte des früheren sozialdemokratischen Finanzministers Peer Steinbrück. In der Tat: Ich teile

diese Einschätzung. Wir sind als Land geopolitisch, technologisch und demografisch in einer schwierigen Lage. Der Haushalt des kommenden Jahres, den wir in dieser Woche beraten und beschließen, ist davon ein genaues Abbild.

Ich will aus meiner Sicht die Lage schildern, wie sie ist, ehrlich und ungeschönt, mit den Lichtblicken, die es gibt, aber auch mit den großen Fragen, die wir noch nicht beantwortet haben. Wir haben in unserem Land und natürlich auch in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag in den vergangenen Wochen miteinander gesprochen und gerungen, wie wir im kommenden Jahr finanzieren wollen, was wir sein und was wir haben wollen. Es gibt dazu, wie bei jedem politischen Thema, völlig unterschiedliche Vorstellungen.

Auch die Vorstellungen in der Regierungskoalition sind nicht von vornherein und immer übereinstimmend. Trotzdem: Es ist unsere Verantwortung, die Arbeit der Bundesregierung zum Erfolg für unser Land zu führen. Für diesen Erfolg werden wir in der Koalition weiter zu gemeinsamen Vorschlägen und auch zu gemeinsamen Entscheidungen kommen.

Mit dem Haushaltsgesetz ist dies aller Kritik zum Trotz einmal mehr gelungen. Wie wir zu diesem Ergebnis gekommen sind, was das für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bedeutet, das konnten die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Tagen und Wochen miterleben, teilweise bis in alle Einzelheiten hinein. Nun finden demokratische Entscheidungsprozesse eben auf offener Bühne statt. Das macht unsere Demokratie aus.

Ich gebe zu: Der Prozess zur Aufstellung dieses Haushalts hat sicher keinen Schönheitspreis verdient. Aber der Erfolg in der Demokratie ist selten ein gut bestandener Beautycontest. Der Erfolg kommt in den mitunter schwierigen und manchmal kontroversen Aushandlungsprozessen zustande. Und solche Prozesse sind nun einmal Gegenstand unserer repräsentativen föderalen und gewaltengeteilten Ordnung.

Das Ergebnis dieser Aushandlung in den vergangenen Wochen – so sehe ich es, und so will ich es auch begründen – ist vertretbar unter den Umständen, in denen wir uns

befinden. Dieses Haushaltsgesetz berücksichtigt die Sorgen, die viele Menschen in unserem Land und auch in ganz unterschiedliche Richtungen haben. Der Haushalt beantwortet aber eben noch nicht alle finanzpolitischen Fragen, die sich uns für die kommenden Jahre stellen. Wir haben gemeinsam als Land noch daran zu arbeiten, diese Fragen in ihrer ganzen Dimension auch wirklich zu verstehen und sie weiter Haushalt für Haushalt, Jahr für Jahr zu beantworten.

Ich will es sehr klar sagen: Wir alle, die wir hier sind, werden dabei manche liebgewonnene Vorstellung aufgeben müssen. Denn wir werden aus Steuermitteln nicht mehr alles leisten können, an das wir uns allzu sehr und allzu lange gewöhnt haben. Wenn wir es doch tun, dann werden unsere Kinder und unsere Enkel keine Mittel mehr vorfinden, über die sie politisch frei verfügen können. Wir haben die Pflicht und auch die Verantwortung, das miteinander abzuwenden, damit auch die nächsten Generationen die finanziellen Möglichkeiten und die Freiheiten haben, ihre Zukunft in unserem Land selbst zu gestalten.

Ich sage das ganz bewusst zu Beginn dieser Aussprache. Wir als Land müssen diese Lage und diese Zwänge begreifen, und wir müssen entsprechend handeln. Wir müssen uns als Land aber auch einig werden, was wir künftig finanzieren, was wir sein und was wir haben wollen. Ob nun Topverdienerin oder Grundsicherungsempfänger, ob Großfamilie, alleinerziehend oder kinderloser Single, ob Schülerin oder Rentner, Unternehmerin oder Künstler, KI-Entwickler oder Tischlermeister, gesund oder pflegebedürftig, es ist und bleibt unser Anspruch, dass alle irgendwann sagen können: Okay, das ist fair, das ist gerecht. Das nimmt Rücksicht auf alle, auch und vor allem auf die junge Generation. Alle sollen sagen können: Ja, das ist unsere gerechte politische Ordnung.

Die Politik der Bundesregierung hat sich genau auf diesen Weg einer solchen Ordnung gemacht. Und mit dieser Politik kommen wir einem modernen und gerechten Deutschland Schritt für Schritt wirklich näher.

Lassen Sie mich aber noch einmal zu meiner Ausgangsfrage zurückkommen: Was sind die Umstände, vor deren Hintergrund wir diesen Haushalt beraten und vor deren Hintergrund ich diesen Haushalt für vertretbar halte?

Erstens: Wir hatten als Land lange verdrängt und auch vergessen, dass wir unsere Freiheit selbst verteidigen können müssen. Deutschland hat sich die nötigen Ausgaben für eine der Kernaufgaben des Staates lange gespart, nämlich die Gewährleistung der äußeren Sicherheit. Stattdessen haben wir uns auf andere verlassen. Neue äußere und sehr handfeste Bedrohungen haben uns klargemacht, dass wir hier zur Besinnung kommen müssen. Wir haben diese Politik der vergangenen Jahre, die zulasten unserer eigenen Sicherheit ging, beendet. Und so kann ich heute feststellen: Deutschland ist heute wehrhafter, als es jemals in den letzten Jahrzehnten war. Möglich war das nur über neue Schulden, weil wir so viel, wie dafür notwendig ist, nicht aus Steuereinnahmen und erlaubten Schulden hätten aufwenden können.

Deutschland hat *zweitens* zu lange zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Auch das haben wir geändert, aus dem eben genannten Grund leider ebenfalls über neue Schulden. Einnahmen und erlaubte Schulden hätten nicht gereicht, um das Versäumte der letzten Jahrzehnte nachzuholen. Geld für Infrastruktur und Klimaschutz steht jetzt zur Verfügung. Und die gesetzgeberische Begleitung, dass schnell investiert und gebaut werden kann, haben wir beschlossen. Ich nenne nur beispielhaft den Bauturbo und das Infrastruktur-Zukunftsgesetz.

Deutschland hat sich schließlich *drittens* allzu lange geweigert, die notwendigen Schlussfolgerungen aus der demografischen Entwicklung für unsere soziale Sicherung zu ziehen. Wir haben lieber weggesehen, und zum Teil tun wir es immer noch. Auch hier haben wir umgesteuert. Wir reformieren diese Systeme, und zwar so, dass sie verlässlich und zugleich bezahlbar bleiben.

Aber wir müssen noch realistischer werden. Noch wollen wir als Land die Änderungen nicht so weit vorantreiben, wie sie eigentlich vorangetrieben werden müssten. Und das hat einen einfachen und sogar einen guten Grund: weil wir in unserem Land den Ausgleich suchen müssen, und zwar zwischen denen, die heute diese Veränderungen als

Verlust empfinden, und denen, die morgen für ausbleibende Reformen bezahlen müssen.

Es sind in den Verhandlungen zu diesem Haushalt beabsichtigte Kürzungen auch zurückgenommen worden, die aus guten Gründen vorgeschlagen waren. Wir haben das getan, weil wir das in der Mehrheit hier im Deutschen Bundestag und im Land so wollen. Nicht jeder – viele wollen konsequenter reformieren und sparen. Aber vielen gehen diese Reformen eben auch jetzt schon zu weit. Und deswegen müssen wir den Kompromiss suchen: im gemeinsamen Beschluss, repräsentiert durch diese – durchaus unterschiedlichen – Regierungspartner. Wir wollen den Ausgleich so, wie er in dem vorliegenden Haushaltsgesetz zu finden ist.

Aber es bleibt dabei: Wir haben erst begonnen, wirklich ehrlich zu werden. Die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme in unserem Land ist endlich zum Thema einer breiten gesellschaftspolitischen Diskussion geworden. Das ist ein großer Fortschritt. Und deshalb machen wir in den begleitenden Gesetzen zu diesem Haushalt die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung verlässlich und finanzierbar.

Und wir wollen auch die Rente endlich sicher machen: durch Anreize für längeres Arbeiten im Alter – das findet statt –, durch eine Korrektur bei der abschlagsfreien Frühverrentung – das ist notwendig – und vor allem, indem wir endlich die Chancen des Kapitalmarkts für die Alterssicherung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nutzen. Damit wird das Rentenniveau mittelfristig steigen, und die Beiträge können sinken, vorausgesetzt, wir treffen in sehr naher Zukunft die richtigen Entscheidungen. Alle Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Wir haben schließlich *viertens* allzu lange vergessen, dass wir als Land nicht sein können, was wir sein wollen, wenn unsere wirtschaftliche Leistungskraft das nicht hergibt. Ja, wir haben fahrlässig unternehmerisches Tun zu teuer werden lassen. Wir haben Innovationspotenzial in unserem Land ungenutzt liegen gelassen. Wir haben Talente verkümmern lassen. Auch das ändern wir, und auch das bildet dieser Haushalt ab.

Wir senken Kosten. Wir senken die Steuern langsam, angesichts der immer noch zu hohen Ausgaben in vielen Bereichen zu langsam, aber wir tun es. Die Unternehmensteuern sinken ab 2028 Schritt für Schritt um fünf Prozentpunkte. Und ich sage aus meiner Sicht: Die Einkommensteuer muss dem folgen, gerade für viele kleine und mittlere Betriebe, aber eben auch für die privaten Haushalte.

Wir senken die Energiekosten durch die direkte Entlastung aller Haushalte und Betriebe bei der Stromsteuer und auch mittelfristig durch unsere Energiepolitik, die stärker als in der Vergangenheit auf die Kosten achtet. Wir stabilisieren und senken die Arbeitskosten durch die Reform der sozialen Sicherungssysteme, die ich schon genannt habe. Und schließlich: Wir senken die Bürokratiekosten. Hier geschieht so vieles so schnell wie seit Jahrzehnten nicht, gerade auch bei der Digitalisierung der Verwaltung.

Und wir fördern schließlich mit einer klugen Technologiepolitik den Strukturwandel in der Wirtschaft, um den wir alle nicht herumkommen. Auch das spiegelt sich in diesem Haushalt. Der Strukturwandel unserer Wirtschaft vollzieht sich. Er vollzieht sich, während viele noch daran zweifeln, ob er überhaupt gelingen kann. Es tut sich also viel: bei den neuen Technologien, auf dem Weg hin zur industriellen KI, in der Verteidigungstechnik, in der Medizintechnik, im Weltraum, bei klimaneutraler Produktion und Mobilität, auf so vielen Feldern der Forschung und der Innovation, auch bei der Umsetzung in Geschäftsideen und Gründungen. All das ist zu sehen. Und all das ist für mich einer der vielen Gründe für Zuversicht in diesen Monaten.

Und es sind gerade die jüngeren Menschen in unserem Land, die diese Möglichkeiten spüren. Fast 60 Prozent der Jüngeren planen – das hat gerade eine Umfrage gezeigt –, im Laufe ihres Berufswegs ein Unternehmen oder ein Gewerbe zu gründen. Über 40 Prozent der Jüngeren wollen das innerhalb der nächsten drei Jahre tun. So hoch war die Zahl in den letzten Jahrzehnten nicht. Und das zeigt, wie zuversichtlich und optimistisch gerade die junge Generation in unserem Land ist.

Deutschland hat damit das Potenzial, seine alten Stärken in diesem fundamentalen technologischen Wandel aufblühen zu lassen. Wir wollen nicht nur ein modernes Land

sein, wir müssen es sein, auch um ein soziales und ein gerechtes Land bleiben zu können.

Das waren vier Bereiche – Verteidigung, Infrastruktur, demografischer Wandel und Wirtschaft –, in denen wir als Land allzu lang Fundamentales vernachlässigt haben. Bei all dem darf aber ein übergeordnetes Problem nicht aus unserem Blick geraten. Die Sonderschulden, die notwendig sind, schränken unsere Spielräume in den kommenden Jahren in einem Maße ein, das viele noch nicht wirklich wahrhaben wollen. Die Zinsen für die alten und vor allem für die neuen Schulden müssen wir bedienen. Und die Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur gehören eigentlich vollständig in den normalen Haushalt. Es sind Kernaufgaben des Staates, und deswegen müssen sie da auch wieder hin: in den normalen Haushalt.

Aber im Augenblick sieht es so aus – Sie wissen es, Sie können es jedenfalls alle wissen –: Wenn wir nicht umsteuern, dann werden wir in einigen Jahren die Situation haben, dass alle Einnahmen des Bundes für Soziales, für Zinsen und für Verteidigung ausgegeben werden müssen. Man sieht daran übrigens, dass von sozialer Kälte oder von sozialem Kahlschlag in diesem Land nun überhaupt nicht die Rede sein kann.

Wir müssen also alle miteinander bereit sein, aus dieser drohenden Situation die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das ist der wahre Test für Generationengerechtigkeit in unserem Land. Und ich will, dass wir diesen Test in dieser Wahlperiode gemeinsam bestehen.

Das waren die Gründe im Innern, warum ich diesen Haushalt für vertretbar halte. Aber ist dieser Haushalt auch für das Äußere, also für Sicherheit und Verteidigung, vertretbar? Oder geben wir dafür zu viel Geld aus? Geben wir zu viel Geld aus für die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen den russischen Angriffskrieg, wie immer wieder und auch heute Morgen hier lautstark behauptet wird?

Meine Damen und Herren, man kann es gegen ganz rechts und ganz links nicht oft genug sagen: Russland weiß genau, was es will, und Russland will mehr als die Ukraine. Wer das nicht begreift, versteht diese Welt nicht oder verfolgt ganz andere Ziele

mit der Freiheit, der Offenheit und der Liberalität unseres Landes. Und wer in einer solchen Debatte wie heute Morgen nicht ein Wort darüber verliert, was wir im Augenblick sehen, dem will ich sagen: Russland eskaliert im baltischen Raum. Russland eskaliert in Polen. Russland eskaliert am Schwarzen Meer. Russland eskaliert im Weltraum. Und Russland eskaliert ganz massiv auch hier bei uns im Land, auch unter Inkaufnahme von Menschenopfern. Das ist die Lage. Und deswegen müssen wir und deshalb werden wir als Europäer Russland im doppelten Sinne des Wortes die Grenzen aufzeigen. Wir werden und wir müssen es tun.

Wir haben unsere Entschlossenheit dazu am vergangenen Donnerstag hier in Berlin in der sogenannten Koalition der Willigen noch einmal bekräftigt, übrigens auch unter Einschluss der Amerikaner, die nach meinem Eindruck ganz offenbar überrascht waren, wie einig und geschlossen die Europäer in dieser Frage sind. Gerade diese Entschlossenheit ist es jetzt, die einen vorsichtigen Optimismus in Richtung eines wirklichen Friedens erlaubt. Schon allein unsere gemeinsamen Werte gebieten die Unterstützung der Angegriffenen.

Aber es geht hier nicht allein um die Ukraine. Es geht eben auch um unsere Freiheit; denn mit der Unterstützung der Ukraine unterstützen und schützen wir auch uns selbst. Das gilt übrigens auch in einem Sinne, der vielen in unserem Land vielleicht noch nicht hinreichend klar ist: Wir lernen von der Ukraine technologisch für die zivile Nutzung, aber natürlich auch verteidigungstechnologisch. Und unsere Unternehmen knüpfen Beziehungen in die Ukraine, die beiden Seiten nutzen. Hier entstehen mit einem großen europäischen Land wertvolle Wirtschaftsbeziehungen, die auch uns helfen. Wir haben am vergangenen Freitag hier in Berlin den inzwischen neunten deutsch-ukrainischen Wirtschaftsgipfel gehabt und sehen, wie vertieft die Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine heute schon sind und wie sie morgen sein könnten.

Geben wir nun zu viel Geld aus für Europa? Wenn der Eindruck entstehen sollte, dass ich das so sehe, dann ist dieser Eindruck falsch. Ja, in den Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, die heute Abend in Brüssel beginnen, werden wir die Frage zu diskutieren haben, wie viel und wofür wir in Europa in den Jahren 2028 bis 2034 Geld ausgeben wollen. Und in diesen Verhandlungen dränge ich darauf, dass

wir eine Begrenzung und Fokussierung der Ausgaben vornehmen auf das, was Europa jetzt wirklich stärker macht, nämlich auf die Bereiche Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Wenn diese Ausgaben wirklich fokussiert sind, dann sind sie die beste Zusatzversicherung für unser Land, eine Versicherung, dass wir in dieser Welt eben nicht zum Spielball werden, sondern sie mitgestalten können. Europa ist der Partner – ich will es so ausdrücken – der Gutwilligen in der Welt, der Welt der Regeln und der Welt des Ausgleichs.

Viele gehen in diesen Wochen und Monaten auf uns, auf die Europäer, zu. Wir ergreifen die ausgestreckten Hände dieser Länder, und wir ergreifen die sich daraus ergebenden Chancen. Denn mit jeder Initiative, mit jedem Handelsabkommen, mit jeder Partnerschaft, die Europa eingeht, verbessert Europa seine Beziehungen in die gutwillige Welt hinein. Wir verstärken und mehren auch unsere Interessen.

Man kann an Europa viel Kritik üben. Aber der Kern der Wahrheit ist: Europa macht uns sicherer. Europa macht uns stärker. Europa macht uns widerstandsfähiger. Europa macht uns im größten Binnenmarkt der Welt erst wohlhabend und souverän. Und ganz nebenbei: Europa, jedenfalls das Europa, das wir uns vorstellen, stärkt uns auch im menschlichen Miteinander; denn Europa ist unsere erweiterte politische und auch und vor allem kulturelle Heimat.

Nun, abseits aller Argumente und Verhandlungen, jenseits aller sachpolitischen Debatten und Entscheidungen brauchen wir noch etwas anderes, um als Land gut durch diese Zeiten zu kommen. Wir brauchen gemeinsam das Gefühl, dass unsere politische Ordnung im Großen und Ganzen gut und richtig ist. Und sie ist es, meine Damen und Herren; das werde ich trotz aller Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen immer wieder vertreten und auch verteidigen.

Unzufriedenheit mit einzelnen Entscheidungen wird sich nie vermeiden lassen; auch das gehört zur freiheitlichen Demokratie, in der viele Menschen sehr viel Verschiedenes wollen. Niemand kann ganz bekommen, was er will und was er für richtig und notwendig hält; das gilt auch für mich. Umso mehr muss uns einen, dass wir alle das Beste für unser Land wollen und dass wir uns das auch gegenseitig abnehmen und

glauben. Wir brauchen, wie ich finde, mehr von einem solchen Grundwohlwollen untereinander. Und wir brauchen auch mehr Großzügigkeit im Umgang miteinander.

Ich will es gerade in dieser Haushaltsdebatte sagen: Es gibt nicht den Taschenrechner, der uns absolute Gerechtigkeit vorrechnen könnte. Wir sind als Bürgerinnen und Bürger auch nicht Konkurrenten im Abgreifen von Vorteilen oder im eifersüchtigen Vermeiden von Nachteilen. Seien wir eine Gemeinschaft der Gutwilligen!

Wir müssen in dieser Zeit nämlich miteinander erkennen und lernen: Wir haben das Geld nicht mehr für alles. Die Gründe dafür habe ich genannt. Aber wenn wir bereit sind, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, dann können wir das Land bleiben, das wir sein wollen, nämlich ein freies, ein gerechtes und ein soziales Land.

Dieser Haushalt für das Jahr 2027 löst – auch das ist wahr – bei Weitem noch nicht alle unsere Probleme; ich habe das versucht auszuführen. Probleme, die über Jahrzehnte angewachsen sind, lassen sich nun auch nicht mit ein oder zwei Haushalten lösen. Aber wir haben begonnen, umzusteuern, und erste gute Entwicklungen gibt es selbst in dieser schwierigen Lage in unserem Land. Wir sehen die positive Entwicklung der Konjunkturprognosen und der Exportzahlen. Wir sehen den Anstieg der Unternehmensgründungen, und wir sehen die Innovationskraft unserer Wirtschaft.

Auch wir alle sollten bereit sein, das, meine Damen und Herren, zu sehen: Die guten Nachrichten, sie sind da, gerade auch dort, wo sie viele vielleicht nicht vermuten: in der Transformation und in der Widerstandskraft unserer Wirtschaft, in der Stabilität unserer politischen Kultur trotz aller Bedrängnis von links und rechts, in der Stabilität unserer politischen Kultur und in der Mitte unserer Gesellschaft, in der Bereitschaft und der Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, sich auf Neues einzustellen und Chancen auch zu nutzen.

Ja, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist nicht einfach. Aber wenn wir miteinander begreifen, wie groß die Aufgabe ist, dann wird sich nach meiner festen Überzeugung unser Land dieser Aufgabe auch gewachsen zeigen. Das war in den vergangenen Jahrzehnten häufig so, das ist gegenwärtig so, und das

wird auch in der Zukunft so sein. Das ist mein Optimismus, und mit diesem Optimismus gehe ich auch in das Jahr 2027.

Herzlichen Dank.

* * * * *